

Helga Treeß

Global denken - lokal handeln -

Sozialräumliches Handeln in der Kinder- und Jugendhilfe als Gemeinwesenarbeit

Niemand lebt auf einer Insel (Lessing)

Im Sinne der Ökologiebewegung und auch im Hinblick auf eine in der Soziologie bereits gedachte "postglobale Gesellschaft" sind globales Denken einerseits und lokales Handeln andererseits gefordert. Für die soziale Arbeit als Kinder- und Jugendhilfe bedeutet das die nunmehr ernsthafte und nicht nur von einzelnen, nimmermüden ProtagonistInnen zu betreibende Auseinandersetzung mit ihren hierfür bestens geeigneten Arbeitsansätzen sozialräumlichen Handelns.

Die Änderung der Blickrichtung, eine andere Herangehensweise an soziale Probleme in der Kinder- und Jugendhilfe sind überfällig. Nachdem das Stichwort aus den eigenen Reihen, nämlich das der Lebensweltorientierung, eher der Legitimation ausschließlich auf den Einzelfall bezogener, verstehender und akzeptierender erzieherischer Hilfen geführt hat, anstatt sich der territorialen Dimension dieser Lebenswelt, eben dem Gemeinwesen, dem Stadtteil, dem Quartier etc. zuzuwenden und nachdem der veröffentlichte fachwissenschaftliche Diskurs zugunsten einer Veränderung der Blickrichtung sozialer Arbeit - bzw die Rückbesinnung auf ihren eigentlichen Zweck - von der Sozialverwaltung vollständig ignoriert wurde, bestehen nunmehr neue Chancen oder zumindest vorsichtige Hoffnungen: die neuesten Empfehlungen (12/1998) der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST) schlagen eine konzeptionelle Wende zugunsten von Sozialraumorientierung für das Kontraktmanagement zwischen öffentlichen und freien Trägern vor. Allerdings muß befürchtet werden, daß diese Chance vergeben wird, wenn darüber wiederum ausschließlich in exklusiven Fachkreisen freier Träger und Verbände diskutiert und damit die öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe, die örtliche Sozialpolitik und die Sozialverwaltungen verfehlt würden. Schließlich und endlich werden von dort aus die Handlungsspielräume "im Feld" gesteuert und damit weitgehend determiniert, und dort entfernt man sich - besonders in Hamburg - derzeit mit Riesenschritten zugunsten rein betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente vom Sozialraum als Steuerungsinstrument.

"Willkommen im Club, aber erweckt bitte nicht den Eindruck, ihr hättet ihn gegründet", frotzelt W. Hinte (1/1998) als einer derjenigen, die auch in Zeiten geringerer Beachtung durch die Fachdiskussion "Gemeinwesenarbeit", bzw. die Essener Variante der "stadtteilbezogenen sozialen Arbeit" als die Sichtweise sozialer Arbeit schlechthin vertreten hat. Das neue Etikett "Stadtteilbezogene Soziale Arbeit" war vor 15 Jahren für die Profilierung von GWA wichtig, die - durchaus selbst verschuldet - bei Kommunen in den 70er/80er Jahren mehr als Unruhestifter denn als qualifizierter Arbeitsansatz verrufen war. Die reichhaltige Geschichte der Gemeinwesenarbeit kann aber einen ordentlichen, auf Verständigung anstelle von Abgrenzung zielenden fachwissenschaftlichen Diskurs wohl beanspruchen. Es soll daher zunächst unerheblich sein, ob Praktiker von sozialräumlicher Arbeit, Gemeinwesenarbeit, Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit sprechen, ob sie "Empowerment"-Konzepte und/oder kommunitarische Elemente betonen oder vernachlässigen. Das ist nicht nur mein Plädoyer, sondern auch das eines der frühen Protagonisten der GWA, D. Oelschlägel (z. B. 1997).

Hintes freundlich-ironische Kritik - er ist auch Mitverfasser der o.a. KGST-Empfehlungen - ist vor allem an diejenigen gerichtet, die - aus der Stadtsoziologie, bzw. -planung kommend - sich z. B.

"Bürgerbeteiligung" als reine Management- und Moderationsaufgabe vorstellen und sämtliche Erfahrungen mit der schmutzigen, unordentlichen, lauten und chaotischen Wirklichkeit eines lebenden Gemeinwesens vernachlässigen oder nur widerwillig zur Kenntnis nehmen. Allzu leicht tritt durch solche "Partizipationstechnologie" ein "heimlicher Lehrplan" in Kraft, der genau diejenigen Bevölkerungsgruppen weiter ausgrenzt, die angeblich erreicht werden sollen und für die dann wiederum nur bleibt, sich anderweitig am Leben im Quartier zu "beteiligen" (indem sie z. B. je nach Alter und Temperament Telefonzellen, Treppenhäuser und Fenster demolieren oder andere Bewohnergruppen "terrorisieren"). Aber wer von den Kritisierten, die überwiegend nicht Angehörige der sozialpädagogischen Profession sind, verfügt schon über eigenes, über längere Zeit erworbenes Erfahrungswissen in der Gemeinwesenarbeit? Diese Tradition partizipatorischer, also auf Teilhabe ausgerichtete Arbeit am Sozialen war und ist eine Domäne der Sozialarbeit. Diese Tatsachenbehauptung - das gebe ich gern zu - mag bei der heutzutage so gering verbreiteten Praxis dieses Ansatzes etwas merkwürdig klingen.

Dabei hatten wir bereits in den 70er Jahren in der Fachdiskussion - allerdings eher ressortübergreifend denn im Rahmen einer einzelnen Fachdisziplin - die entstehenden "Disparitäten von Lebenswelten" reflektiert. Mit diesem Schlagwort wurde die regionale Ungleichentwicklung durch wirtschaftliche Konzentration und Globalisierung gekennzeichnet. Die Polarisierung in Wohlstands- und Armutsquartiere hat bis heute u. a. zu einer grandiosen Chancenungleichheit für die "armen" Kinder und Jugendlichen geführt. Die Segregationsforschung bestätigt das, was Sozialarbeiterinnen alltäglich beobachten: Ortsidentität, die eine der Grundlagen für soziale Bindungsfähigkeit und Verantwortungsübernahme ist, können Kinder in "ihrem" Stadtteil nur noch unter erschwerten Bedingungen entwickeln, nicht, weil sie nicht wollen, sondern weil eine zutiefst von der Unwirtlichkeit und den Gefährdungspotentialen großstädtischer Lebenswelten verunsicherte Elterngeneration sie nicht läßt und schon professionelle ErzieherInnen manche Kindertageseinrichtung als "geschlossene Unterbringung für unter 6-Jährige" betreiben (vgl. Treeß 1998). Der Prozess der räumlichen Sortierung und Separierung sozialer Schichten ist dabei von besonderer Bedeutung. Dort, wo Kinder unterprivilegiert in fast geschlossenen Siedlungen aufwachsen, muß mit einer "Verkümmerung von Kommunikation und Solidarität..., nachfolgend zu Resignation, Apathie und Aggression" gerechnet werden (Keim, S. 271). Dieses sind durchaus nicht die einzigen negativen Folgen, sie sollen im begrenzten Rahmen dieses Beitrags lediglich andeuten, daß direkt auf der Lebensweltebene, wo die Kinder und Jugendlichen mit ihren Familien, mit ihren peer-groups, den Nachbarn, den Schulkameraden usw. leben, dort, wo in zahlreichen, alltäglichen Situationen ihre Interaktionsfähigkeit, "das Soziale" mitzugestalten, gefordert ist, es sich entscheidet, ob dieses gelingt oder nicht, ob "Ausgrenzung" oder "Gemeinschaftsfähigkeit" gelernt werden.

In denjenigen Ghettos, in denen "halb Europa" und darüberhinaus die Nationalitäten anderer Erdteile bevölkerungsmäßig vertreten ist, findet genau jenes "Zusammenwachsen" nicht statt, welches auch mit "sozialer Integration" gemeint ist. Es ist in der politischen Diskussion der Sozialarbeit offenbar aber auch noch gar nicht ausdiskutiert, ob wir einen gesellschaftlichen Zustand "sozialer Integration" als wegweisendes Ziel ansehen oder ihn mißtrauisch wegen der angenommenen "Einverleibung" anderer Kulturen verwerfen (vgl. z. B. Kalka 1998) und statt dessen lieber von "kooperativem Individualismus", "solidarischem Individualismus" oder "kommunitärer Individualität" als Ziel unseres Strebens sprechen sollen (vgl. Keupp 1998, S. 307/308). Vor diesem Hintergrund gerät die selbstzweiflerische Profession der SozialarbeiterInnen einmal mehr ins Grübeln und verpaßt möglicherweise die Chance, gerade diese Frage forschend und handelnd zu untersuchen und einer Antwort im Dialog mit den Menschen näherzukommen.

Mein persönlicher Erfahrungshintergrund mit der Praxis von Gemeinwesenarbeit erlaubt mir, die Integrierbarkeit auch individualisierter und ethnisch-kulturell vielfältiger Gesellschaften zumindest auf der lokalen Ebene der Kooperation weiterhin anzunehmen.

Sozialräumliches Handeln vs. Dominanz der Einzelfallhilfe - neuer Versuch einer konzeptionellen Wende

Gemeinwesenarbeit gehört zu den bedeutendsten "Gegengiften" dort, wo Menschen, Gruppen, Nachbarschaften, ja ganze Stadtteile ökonomisch und sozial isoliert werden und auch sozialpolitische Integrationsbemühungen des öffentlichen Sektors versagen. Sie beansprucht außerdem, intermediäre Strukturen gegen Machtmißbrauch (z.B. von Regierungen, Behörden usw.) oder krimineller "Schattenwirtschaft" (Bandenterror) aufbauen zu können, indem der soziale Zusammenhalt,

gemeinschaftliche Selbsthilfe und Verantwortungsübernahme für die eigenen Lebensverhältnisse gestärkt werden (Treeß 1997, S. 14 ff).

Die Reduzierung sozialer Arbeit auf Einzelfälle dagegen - wie wir sie vor allem im Zusammenhang mit den erzieherischen Hilfen vorfinden - hat nicht nur zu der sicherlich unerwünschten Nebenwirkung der Kostenexplosion geführt. Sie hat die gesamte Profession einem prekären Legitimationsdruck unterworfen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die ausschließliche Beschäftigung mit dem Einzelfall inmitten prallen Lebens im Stadtteil oder einer Landgemeinde - ohne deren Ressourcen zu nutzen und deren Widerstände zu kennen - zu überwiegend negativen Effekten führt:

1. die Adressaten werden eher weiter ausgegrenzt als integriert,
2. die Profis geraten an die Grenzen ihrer Leidsfähigkeit mit ihrem Habitus der helfenden Beziehung,
3. an den Aufwuchsbedingungen von Kindern ändert sich nichts,
4. die Kosten für Hilfen zur Erziehung steigen ständig an.

Den Sozialraum, bzw. das Gemeinwesen (wieder) zum Ausgangspunkt sozialer Arbeit zu machen, wird seit langem gefordert, von vielen beansprucht und von einer langsam wachsenden Anzahl Professioneller tatsächlich in Projekten erprobt und evaluiert (vgl. hierzu auch Projektbeschreibungen in Peters u. a. 1998). Die nun auch von der KGST geforderte konzeptionelle Wende von der Herrschaft des Einzelfalls hin zu einem Konzept sozialräumlicher Arbeit faßt Blickrichtung und Prinzipien sozialräumlicher sozialer Arbeit zunächst wie folgt zusammen (S. 48, Erläuterungen von H. T.):

Im Zentrum stehen die geäußerten Bedürfnisse der Wohnbevölkerung

Erläuterung: Nicht alle Menschen wollen "da abgeholt werden, wo sie stehen", sondern genau da erst einmal bleiben. Die Äußerung von Bedürfnissen durch Bewohnerinnen und Bewohner kann heftig mit denen anderer konfliktieren. Dabei können auch GemeinwesenarbeiterInnen in die Situation kommen, Position zu beziehen. Die Beispiele reichen hier von der Abwehr von Wohngruppen für Behinderte und Jugendliche über die Einwände gegen einen Spielplatz und die Klagen gegen das Spielen von Kindern auf dem Rasen. Methodisch ist GWA in solchen Fällen nicht auf den Einzelnen fixiert. Wenn es um den Interessenausgleich in einem Wohnquartier zugunsten besserer Bedürfnisbefriedigung Schwächerer (Minderheiten) geht, spricht z. B. Kinder, AsylbewerberInnen usw., müssen die "Anderen" (Mehrheiten) gewonnen werden. Dazu dienen Öffentlichkeitsarbeit, Bewohnerversammlungen, Runde Tische, Einzelgespräche mit MeinungsführerInnen und dergl. Sie übernehmen eher die Rolle von "intermediären Instanzen", also Vermittlern zwischen unterschiedlichen Interessenlagen, als die von "parteilichen", d. h. ausschließlich die Lebenslage einer bestimmten Zielgruppe berücksichtigenden Profession.

Unterstützung von Selbsthilfekräften und Eigeninitiative

Erläuterung: Der bedeutendste Standard und Wirkungsanspruch sozialer Arbeit ist die "Hilfe zur Selbsthilfe". Menschen sollen dabei unterstützt werden, schwierige, kritische Lebenslagen zu überwinden. Die Mißerfolgs-, bzw. "Rückfallquote" von "Einzelfällen" ist daran gemessen enorm hoch. Manche Familien werden bereits in der 3. Generation durch den ASD betreut und leben von Sozialhilfe. Die heranwachsenden Kinder lernen das Gegenteil von "Eigeninitiative", die weder in den eigenen vier Wänden noch im Nahraum der Familienwohnung gewünscht und bestenfalls im Kindergarten "pädagogisch" gefördert wird. Als Teil der Kinder- und Jugendhilfe mit einem deutlichen Bildungsauftrag werden Kitas jedoch selten darin unterstützt, sich im "funktionalen Gemeinwesen", also bei anderen Institutionen wie Elternschulen, Hilfen zur Erziehung oder Schulen Bündnispartner zu suchen, um frühes "Empowerment" bei Kindern und Eltern anzubahnen und abzusichern.

Eine grausige Vorstellung ist es allerdings auch, wenn sich unzählige Profis in bester Absicht, etwas "für die Menschen zu tun", im Quartier auf den Füßen herumstehen und das dann sozialräumliche Arbeit nennen. "Grundsätzlich wird nicht für die Menschen gehandelt, sondern nur gemeinsam mit ihnen nachgedacht und vereinbart, welche Aktivitäten sie selbst oder gemeinsam mit Fachkräften für eine Verbesserung ihrer Situation in die Wege leiten können." (vgl. Lüttringhaus, M: sozial extra 9/98, zit. nach KGST 1998, Materialien).

Nutzung der Ressourcen des sozialen Raums

Erläuterungen: In jedem sozialen Raum, auch wenn er noch so verwüstet erscheint (die Wüste lebt schließlich auch!), gibt es - auch und vor allem außerhalb des professionellen Systems - Ressourcen, die zum Vorteil der BewohnerInnen nutzbar gemacht werden können. Schattenwirtschaft und Kriminalität sind hierfür nicht gerade die guten Beispiele, sollen aber vorkommen. Langjährige GWA-Projekte, mit deren Hilfe ganze Wohnquartiere sich vom Stigma einer "Bronx" oder eines "unbewohnbaren Ghettos" befreien konnten, sind tatsächlich überliefert, wenn auch nicht immer ordentlich veröffentlicht (die Leut' haben meist zu tun).

Manchmal sind Ressourcen gleichzeitig "Schlüsselpersonen" eines Stadtteils: ein alter Diakon, ein starkes Mädchen, das seine Geschwister quasi allein aufzieht, die engagierte Leiterin einer Elternschule oder der Vorsitzende des Bürgervereins. Wer die räumlichen Ressourcen nutzen will - z. B. die Schulturnhallen für Kinder, die nicht im Sportverein sind, einen bestimmten Raum in einem Kinder- und Familienhilfezentrum als Lehrküche für die Ausbildung von Frauen, das Lehrerzimmer für eine gemeinsame Fortbildungsveranstaltung für Lehrkräfte und Sozialarbeiter, Eltern und Erzieherinnen - muß häufig zu allererst die eigenen "Ressourcen" mobilisieren. Vertrauenswürdigkeit, Überzeugungskraft, Kompetenz methodischen Arbeitens und Verlässlichkeit gehören nach meiner Erfahrung zu den Schlüsselqualifikationen, die eine Gemeinwesenarbeiterin mit in den Stadtteil bringen muß, in dem sie mit anderen gemeinsam etwas bewirken will.

Zielgruppen- und bereichsübergreifende Orientierung

Erläuterungen: Auch wenn Profis der Kinder- und Jugendhilfe auf ein Gemeinwesen aufmerksam werden, weil sie zu allererst ihre Zielgruppe, nämlich die Heranwachsenden und ihre Familien im Blick haben, erweitert sich unter dem Sozialraum-Ansatz diese Perspektive zumeist sehr schnell. Wer die Wohnverhältnisse in Beziehung setzt zu der individuellen Entwicklung kleiner Kinder, die Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten im Stadtteil zu der Aufnahme oder Ausgrenzung bestimmter Kinder, die fehlenden Treffpunkte und "heimlichen Orte" zu gelangweilten und z. B. suchtgefährdeten Lückekindern, die nicht vorhandene Bedeutung eines "Dritten Sektors für gemeinwirtschaftliche und gemeinnützige Tätigkeiten" (vgl. Dettling 1998) zu "gewaltbereiten" Jugendlichen, wird bald erfahren, daß seine Tätigkeit zwar dem Interesse einer bestimmten Zielgruppe dienen, sich darin aber nicht erschöpfen kann.

Kooperation und Koordination der sozialen Dienste

Erläuterungen: Alle im Quartier tätigen "sozialen Dienste" (gemeinnützige wie gewerbliche) müssen unter dem Anspruch sozialräumlicher Arbeit kooperieren und ihre Dienstleistungen miteinander abstimmen. Da wir eine flächendeckende Jugendhilfeplanung in skandalöser Nichtachtung der gesetzlichen Vorgaben bislang praktisch nicht haben, werden Träger mit dem Allgemeinen Sozialdienst derzeit Kontrakte auf der Grundlage mehr oder weniger tendenziöser Sozialdaten schließen müssen, deren Stichhaltigkeit sich empirisch erst "by doing" verifizieren oder falsifizieren läßt. Insoweit haben wir prähistorische Verhältnisse, auf die mit besonders kleinräumigen, gut dokumentierten und evaluierten Projekten geantwortet werden muß.

Im Zusammenhang mit der Neuregelung der §§ 77, 78 a - g SGB VIII sind für den gesetzlich vorgeschriebenen Abschluss von Entgelt- und Leistungsvereinbarungen auch Qualitätsentwicklungsvereinbarungen zu treffen. Qualität - das hat die intensiv geführte Debatte der letzten 2 Jahre erbracht - ist am besten zu entwickeln und zu bewerten, wenn neben planerischer und

finanzieller Klarheit konzeptionelle Klarheit herrscht, also die Frage danach, "was machen wir wie und warum (mit welcher beabsichtigten Wirkung?)", beantwortbar ist.

Der KGS-Bericht nennt folgende Qualitätsentwicklungsindikatoren für diejenigen Kontraktpartner (öffentlicher und freier Träger), die sich auf ein Konzept sozialräumlicher Arbeit einigen (die Indikatoren sind *kursiv* gedruckt, die Bemerkungen dazu von H.T.).

- *Die verhinderten "Fälle" im Rahmen erzieherischer Hilfen.* Die Steigerungsraten bei den ambulanten Hilfen zur Erziehung sind derzeit ausschließlich aus Kostengründen ein Thema. Der Indikator "verhinderte HZE-Fälle" "zwingt" den sozialräumlichen Blick daher geradezu hinein: was ist mit den Regeleinrichtungen eines definierten Sozialraums eigentlich los, wenn die einzige Regelmäßigkeit, die dort beobachtbar ist, darin besteht, daß sie "verhaltensoriginelle" Kinder des Stadtteils in die "besonderen", z. B. den HZE, aussortiert? Wie kommt es, daß Menschen, die eine Hilfe zur Erziehung beantragen, häufig völlig isoliert von regelhaften Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe ihre Heranwachsenden aufziehen?

Verhinderte Hilfeplanverfahren können natürlich nur gemessen werden, wenn es günstige Voraussetzungen dafür gibt, dass Träger im Sozialraum eng mit den anderen kooperieren können, nicht wenn sie in ängstlicher Abschottung gegeneinander um "Zielgruppen" oder einzelne Fälle konkurrieren müssen. Dieser Indikator - "verhinderte HZE-Fälle" - soll hier stellvertretend für die anderen noch nachfolgenden durchdekliniert werden hinsichtlich seines Potentials, als Qualitätsentwicklungskriterium im Kontraktmanagement wirksam zu werden. Statistisch erfaßbar sind die verhinderten Hilfefälle über die Daten kleinräumiger Sozialplanung, an der HZE-Fachkräfte als "Datenträger", Vermittler und Mitplaner beteiligt sind.

Anregungen zur Einigung auf Gütekriterien zum Indikator "Anzahl der verhinderten Hilfefälle" im Konzept sozialräumlicher HZE, insbesondere durch die beobachtbare Praxis:

Beobachtbare Praxis:

- Sozialräumlich organisierte Hilfen zur Erziehung sind regelhaft im Gemeinwesen präsent. Über enge Kontakte mit Kindertagesstätten, Schulen, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit sowie über die nachbarschaftlichen Kontakte ihrer HZE-Fälle, die Kenntnis des Gesamtmilieus und die Mitgestaltung des Sozialraums im Sinne integrativer, nicht aussondernder Jugendhilfepraxis lassen sich Ressourcen aktivieren und bündeln, die unterhalb von HZE wirksam werden.

Kitas, Schulen und Jugendhilfe arbeiten eng zusammen bei der Entwicklung und Durchsetzung integrativer Gruppen, Klassen und Nachmittags-, Abend-, Wochenend-Angeboten für die Heranwachsenden des Stadtteils, so daß möglichst wenig Ausgrenzung und "Verbesonderung", Entfremdung und Isolation bestimmter benachteiligter Gruppen geschieht. (*Erfolgskriterien:* HZE-Fälle gehen zugunsten von fachlich begleiteten Selbsthilfegruppen zurück, Kitas und Schulen bemühen sich um Beratung durch HZE-Fachleute, um Kinder in den Regeleinrichtungen zu halten, die sonst in Sondereinrichtungen kämen, Mütterberatung und Elternschulen unterrichten an allgemeinbildenden Schulen, um frühe Elternschaften zu problematisieren usw.)

- Unterstützende Hilfeleistungen anderer Systeme (Gesundheit, Sozialhilfe, Arbeit, Ausbildung, Wohnen) werden aktiv sowohl für den "HZE-Fall" als auch präventiv vom HZE-Träger integriert (*Erfolgskriterien:* belastende Wohnsituationen werden nicht vorzugsweise durch teure Fremdplazierung von Kindern aufgelöst, sondern durch Zuweisung ausreichenden Wohnraums für Familien mit mehreren Kindern, vermehrte, angenommene Kur- und Kursangebote für Kinder/Mütter mit Gesundheits- und Entwicklungsgefährdungen, fußläufige regelmäßige Spiel- und Bewegungsförderung für alle, für bestimmte Kinder auf Krankenschein, aber integrativ; gemeinwesenökonomische Projekte zur Integration arbeitsloser BewohnerInnen im Dritten Sektor usw.)

- Die Ressourcen der BewohnerInnen eines Stadtteils werden jugend- und sozialpolitisch mit Innen- und Außenwirkung anerkannt (durch aktivierende Sozial- und Jugendhilfeplanung, Beteiligung an der Verbesserung der sozialen Infrastruktur usw.). (*Erfolgskriterien:* gut verständliche, transparente

Informationen/aktivierende Befragungen zur Verbesserung der Lebensqualität in belasteten Wohnquartieren).

- *Fallfluktuation.* Damit ist die Anzahl der bearbeiteten HZE-Fälle gemeint. Dieser Indikator ist zwar leicht meßbar = zählbar, er verführt jedoch zu falschen Schlußfolgerungen und muß daher von den Fachkräften des ASD und den Leistungserbringern besonders sorgfältig interpretiert werden (auch darum: Kontraktmanagement).
- *Aussagen von Adressaten.* Hiermit ist nicht "Kundenzufriedenheit" o. ä. gemeint, wohl aber die selbstverständliche Einbeziehung der "Ko-Produzenten" sozialer Arbeit bei deren Evaluation. Um zu gültigen, d. h. verwertbaren Aussagen von Adressaten zu kommen, müssen sich vor allem die Situationen ändern, in denen sie bislang erhoben werden, also nicht im Amt ("Heimspiele" für die Profis), sondern in lebensnaher Zusammensetzung in der Familienwohnung, bei MC Donalds, in der Kneipe oder auf der Parkbank. Für die methodische Umsetzung der Abfrage von Adressaten-Aussagen sind die bisher bekannten, der empirischen oder qualitativen Sozialforschung entlehnten Instrumente auf jeden Fall zu optimieren. Einzubeziehen sind die vielfältigen Möglichkeiten nicht-verbaler Ausdrucksformen, die - ähnlich wie die "hundert Sprachen der Kinder" - manchem Professionellen aufgrund eigener Kommunikationsschranken unverständlich bleiben.
- *Anzahl der stationären Hilfen im Anschluss an ambulante Hilfen.* Dieser Indikator kann wichtig für die Beantwortung der Fragen sein, wie flexibel die eingesetzte Hilfe wirklich ist, bzw. ob eine flexible Hilfe gut genug ausgestattet ist. Sie kann jedoch auch Hinweise auf fehlende funktionierende Netzwerke im Gemeinwesen geben und Anlaß von Überlegungen zur weiteren Verbesserung der sozialen Infrastruktur nach sich ziehen.
- *Möglichst geringe Zahl der Beziehungsabbrüche.* Dieser Indikator ist Standard und Ziel in eins. Seine Bedeutung muß angesichts der für das einzelne Kind katastrophalen Folgen für sein Selbstwertgefühl, seine Bindungs- und Liebesfähigkeit nicht weiterdiskutiert werden. Die geringen Auswirkungen, welche sozialwissenschaftliche Erkenntnisse hier auf die soziale Praxis haben, sind es jedoch allemal wert, darauf zu insistieren, den Wechsel von Bezugspersonen für Kinder in überschaubaren Grenzen zu halten (vgl. Köttgen 1998).
- *Selbstmelder.* Selbstmeldungen werden beim ASD nicht gern gesehen. Sie machen die Nachfragesteuerung, die im Interesse einer erfolgreichen Budgetsteuerung (hier greift die "Ökonomisierung" der sozialen Arbeit) ausschließlich über die "Bedarfsfeststellung" der Dienste erfolgen soll, kompliziert. Ihre Existenz wird dadurch jedoch nicht geringer und muß als Indikator für Unterstützungsbedarf ernstgenommen werden. Menschen, die von sich aus einen Hilfebedarf anmelden, damit jedoch nicht zum Amt, sondern zu einem freien Träger gehen, sagen etwas über die Qualität der abgelehnten und der bevorzugten Institution aus. Der allgemeine Sozialdienst darf keine Möglichkeit haben, für das geringe Vertrauen, welches ihm in diesen Fällen häufig entgegengebracht wird, den sog. Selbstmeldern die Leistung vorzuenthalten. Dabei muß eine Selbstmeldung ja nicht unbedingt in eine HZE münden.
- *Bekanntheitsgrad im Stadtteil.* Von diesem Indikator erhoffen sich die Autoren vor allem Aufschluß über die tatsächlichen Möglichkeiten der Zivilbevölkerung, "soziale Dienste" zu erkennen und sie in Anspruch zu nehmen, ohne mit einem solchen Schritt gleich aus dem Quartier hinaus und in ein Verwaltungsgebäude hineingehen zu müssen. Er weist außerdem auf den Aufwand hin, der fallunspezifisch in einem Stadtteil betrieben werden muß, um als wirkliches Unterstützungssystem wahrgenommen und angenommen zu werden.
- *Mobilisierung freiwilligen Engagements.* Ohne die nachbarschaftliche Aufmerksamkeit, das kurzfristige, spontane Mithelfen und Mitpacken bei größeren Aktionen läuft sich jede professionell organisierte Gemeinwesenarbeit früher oder später tot. Wir haben dann ein rein funktionales Gemeinwesen, welches nur noch durch seine sozialen Dienstleistungen am Leben gehalten wird. Daher ist die "verlernte" oder ungeübte, die gern mißbrauchte oder unterschätzte "Gemeinwohl-Verantwortung", die der einzelne zu übernehmen bereit ist, in jedem Fall professionell zu stützen und zu fördern.
- *Integrative Angebotsformen.* Alle Hilfen, auch die erzieherischen, haben an allererster Stelle in Kooperation mit Regeleinrichtungen stattzufinden. Wenn dieses der Standard wäre, könnte es nicht angehen, daß z. B. Tagesgruppenarbeit "stadtteilintegrativ", aber exklusiv, also außerhalb des normalen Horts oder einer regelmäßig stattfindenden sonstigen Nachmittagsgruppe stattfindet oder in

Wohngruppen ausschließlich Kinder und Jugendliche zusammenleben können, die "aus einem schwierigen Elternhaus" kommen.

Fallunspezifische Kooperationen. Bevor ein Kind, ein Jugendlicher oder seine gesamte Familie zu Fällen werden, sollten möglichst viele Optionen in Gestalt kooperativer Strukturen im Stadtteil bestehen, ihrer Lebenssituation auf einer Ebene unterhalb einzelfallbezogener erzieherischer Hilfen zu begegnen. Dafür müssen die Fachkräfte an diesen Strukturen arbeiten können, d. h. sie brauchen dafür Zeit und Geld (s. auch Indikator: Bekanntheitsgrad im Stadtteil).

Ein Entwicklungsmodell professioneller sozialräumlicher Arbeit: von sozialer Ausgrenzung zu sozialer Integration

Mit der Ökonomisierung der sozialen Arbeit ging auch einher, daß das Konkurrenzprinzip der "Marktwirtschaft" in naiver und unkritischer Weise übernommen und - im Zusammenhang mit dem dringenden Wunsch nach Kürzungen im sozialen Bereich - plötzlich zu einem quasi unverzichtbaren Bestandteil im Verhältnis öffentliche/freie Träger gemacht wurde. Beim Öffentlichen Träger scheint sich das Mißverständnis breit zu machen, diese "Konkurrenz" sei fruchtbar für die Qualitätsentwicklung sozialer Arbeit, eine geradezu aberwitzige und grundfalsche Annahme. Sie ist vergleichbar mit dem paradoxen Selbstverständnis von Sondereinrichtungen, integrativ tätig zu sein, denn die Träger beschäftigen sich unter derartigen Bedingungen überwiegend mit sich selber und der Sicherung ihrer Existenz.

Im nachfolgenden Koordinatensystem führt der Weg von einer eher ausgrenzenden gesellschaftlich-sozialen Praxis - von der auch die HZE nicht verschont sind - zur "sozialen Integration" (dargestellt durch den "Urstrahl"). Die Koordinaten sind begrifflich wie folgt besetzt:

Professionalität und Souveränität vs. Professionalität und Zwang

Professionelle sind auch im Sinne Parsons' "intermediäre Instanzen". Sie sind Medien der Wertrealisierung und sollen Differenzen von Normativem und Faktischem im Sozialsystem überbrücken (Eyferth u. a. 1987, Parsons 1980). W. Hinte hat diese Begrifflichkeit für die Sozialarbeit insgesamt und für die GWA im besonderen schon früh aufgegriffen. Seine "intermediären Instanzen" tanzen mit den Wölfen, bewegen sich zwischen Wiese (Lebenswelt) und Dschungel (System) und sind auch schon mal "die Schimanskis der sozialen Arbeit" (1994 a. a. O., S. 87). Dennoch haben sie kein festgefügtes Feindbild (z. B. die Verwaltung) und sind auch nicht immer "parteilich" (denn Dummheit und Boshaftigkeit sind flächendeckend, finden sich ab und zu auch bei den Betroffenen und sollen auch schon bei professionellen SozialarbeiterInnen vorgekommen sein).

Unter Professionalität in der Sozialen Arbeit verstehe ich die fachkundige sinn-interpretierende, wertregulierende Handlungsfähigkeit im Diskurs. Souveränität ist zunächst die uneingeschränkte Ausübung von Hoheitsrechten; z. B. durch den öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Zusammen mit professionellem Handeln, "rationaler Kontrolle des Irrationalen" auf der Grundlage von Wissen bilden diese beiden Elemente eine Koordinate, auf deren Gegenseite Herrschaft, Sozialtechnologie und Zwang angesiedelt sind.

Kooperation vs. Konkurrenz

Konkurrenz als Prinzip steht Kooperation als Handlungsmodus gegenüber. Zu entscheiden ist nun, ob Kinder- und Jugendhilfe ihrem politisch-gesellschaftlichen, rechtlichen und sozialen Auftrag der sozialen Integration von Kindern und Jugendlichen besser durch Konkurrenz oder durch Kooperation gerecht werden kann. Diese Entscheidung fällt vor allem dann leicht, wenn im sozialpädagogischen Alltag mit Kindern, Jugendlichen und ihren Familien kooperiert wird und Heranwachsende zur Kooperationsfähigkeit befähigt werden sollen. Kooperation läßt sich nicht beliebig an- und abschalten. Es handelt sich um eine Haltung, nicht um ein modisches Kleidungsstück und muß im Rahmen einer Mehrebenenpraxis bruchlos durchhaltbar sein. In meinem Entwicklungsmodell führt der Weg daher weg von Konkurrenz und Herrschaft hin zu Kooperation und Professionalität, damit letztendlich zu

höheren Freiheitsgraden im Sinne einer demokratischen Vergesellschaftung. Auf seinem Weg liegt auch die "Entfeindung" der professionellen Beziehungen zum Nutzen der Adressaten. Wirkliche "Profis" gehen "in Verbundenheit" kritisch miteinander um, ohne sich dabei gegenseitig zu "zerfleischen". Wenn sich die Profession "kritisch" mit sich selbst beschäftigt - und das tut sie ohne Unterlaß (vgl. hierzu S. Bernasconi a.a.0), sollte wenigstens die der sozialen Arbeit immanente Gesellschaftskritik nicht ständig "hinten runter" fallen. Wer seinen "Code of Ethics" wirklich verinnerlicht hat, müßte relativ immun gegenüber allen Versuchen sein, seinen Auftrag als Teil des Marktgeschehens mißzuverstehen. M. E. durch das Konkurrenzprinzip hervorgerufen und nicht erst seit der Verknappung von Haushaltsmitteln virulent, ist jedoch die angstbesetzte Selbstbeschäftigung der Träger und die Ausgrenzung (Diffamierung) anderer Träger. Bei den Adressaten kommen in dieser "Konkurrenzsituation" Angebotsformen an, die eher der Existenzsicherung von Trägern dienen als der besseren Bewältigung von Lebenssituationen der Adressaten von Unterstützungsleistungen. Wem nützt diese "Verbeugung" vor dem Konkurrenzprinzip also?

In der Kinder- und Jugendhilfe des Rauhen Hauses arbeiten wir z. B. nach dem Konzept kooperativ-integrativer Pädagogik. Der von "superschlaun" Marktstrategen geforderte Verdrängungswettbewerb mit anderen Trägern würde allem Erfahrungswissen nach auf die pädagogische Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen nicht ohne unerwünschte Nebenwirkungen bleiben.

"Democracy must begin at home, and its home is the neighborly community" (Dewey)

Abschließend soll der Ansatz sozialräumlicher Arbeit nochmals in einen etwas größeren Zusammenhang gestellt werden.

Gemeinwesenarbeit ist ein "pragmatischer" Zugang sozialer Arbeit. Pragmatismus als "Praxistheorie" gerät hierzulande immer noch leicht in die Nähe von Sozialklempnerei oder Sozialtechnologie, und dieses wider besseres Wissen oder aus Unkenntnis. Erst allmählich werden Kategorien wie "Brauchbarkeit", "Wirkung", "Kritik in Verbundenheit", "learning by doing" wieder diskursfähig. Inzwischen darf sogar wieder gesagt werden, daß auch der von den meisten GWA-Theorie-Praktikern geschätzte S. Alinsky ein radikaler Pragmatiker war (Alinsky 1973). Außerdem hat z. B. G. H. Mead, der - außer ein hierzulande spät bekanntgewordener Sozialpsychologe der Chicagoer Schule - vor allem ein überzeugter Sozialreformer und Pragmatist war, schon am Ende des letzten Jahrhunderts gemeinsam mit SozialarbeiterInnen, bzw. SozialwissenschaftlerInnen wie Jane Addams und Ellen Gates Starr in dem von diesen gegründeten Hull House mitgearbeitet und damit die Chicagoer settlement-Bewegung begründet (vgl. hierzu S. Bernasconi 1995, H. Wenzel 1990, Langnickel 1994).

Der wissenschaftliche Diskurs über postmoderne Verhältnisse - Individualisierung, Pluralisierung - hatte bislang nur negative Effekte für die Weiterentwicklung des Arbeitsansatzes Gemeinwesenarbeit. Besiegelt schien die Auflösung kommunikativer kommunaler Strukturen durch die ständig steigenden Anforderungen an die Mobilität arbeitender Menschen. "Garagenverkäufe" des gesamten Mobiliars wie in den USA wegen unzähliger Umzüge im Leben schienen auch hierzulande nahe, und die Migrationsbewegungen, die einer Völkerwanderung gleichkommen, ließen alle Ansätze obsolet erscheinen, die - wieder - auf die "Gestaltung des Sozialen" im Gemeinwesen setzten. Sinnvoller erschien es, auf Ansätze zu setzen, die eher den symbolischen Teil der Lebenswelt, die Akzeptanz und das Verstehen von Lebenssituationen in den Mittelpunkt stellten. Hinter diesen Stand müssen auch zukünftige Entwürfe sozialräumlicher Arbeit nicht zurückfallen. Sie müssen darüber jedoch hinausgehen und Bedingungen für eine Kultur des Zusammenlebens schaffen, bzw. wiederherstellen, die tendenziell und zwanglos gesellschaftliche Integration fördern.

In der neueren soziologischen Diskussion, die ich für "anschlußfähig" und brauchbar für sozialräumliche Praxis halte, untersucht z. B. Münch (1998) die Frage der sozialen Integration zwischen globaler Dynamik und lokalen Lebenswelten mit dem Ergebnis, daß die für alles, was wir unter Stadtkultur verstehen, tödliche Entwicklung nur aufzuhalten ist, wenn die Verantwortlichen erkennen, "daß sich die Orte ihres Zusammenlebens in höchster Gefahr befinden und sie einen erheblichen Teil von Unternehmensgewinnen, privaten Einkommen und Aktivitäten in die Erhaltung und Gestaltung eines tragfähigen Lebens in ihrer Stadt, Gemeinde und Region investieren müssen. Das Leben am Ort wird ihnen wichtiger werden müssen als die Erreichbarkeit jedes beliebigen Ziels irgendwo in der Welt"(S. 413).

Bei Bango (1998) sind interessante Gedanken nachzulesen, wie über "Glokalisierung" (das ist kein Tippfehler! Der Begriff wurde nach meiner Kenntnis von Zygmunt Bauman eingeführt) eine "regionalisierte Weltgesellschaft" gestaltet werden könnte. Die radikale Gleichsetzung des Sozialen mit Regionalem (S. 239) ermöglicht m. E. eine Neubestimmung der Bedeutung sozialräumlichen Handelns in der sozialen Arbeit, insoweit diese den Anspruch erhebt, "das Soziale" zu gestalten.

Auch durch Praxisprojekte, die trotz des entgegengesetzten mainstreams mit gutem Erfolg laufen, konnte der ehemals im "Reproduktionsbereich Gemeinwesen" angesiedelte Ansatz sozialer Arbeit zu einem "gemeinwesenökonomischen" erweitert werden. Dabei geht es ausnahmsweise einmal nicht um "Ökonomisierung" in der reduzierten Bedeutung. Es geht um die Rückeroberung der lokalen Basis ökonomisch-ökologischen Handelns auf der Grundlage der individuell entwickelten und wirksam werdenden Eigenaktivität der BewohnerInnen territorial definierter Gemeinwesen.

W. Dettling forderte auf dem Synodentag der NEK am 17. 9. 98 in Hamburg anlässlich der Globalisierung mit den bekannten Nebenfolgen von "Armutsinseln", der "Digitalisierung" mit der Folge des Zusammenbruchs der Nachfrage nach "unqualifizierter" Arbeit und der Individualisierung/Privatisierung der Risiken die Aktivierung einer neuen Art von Sozialpolitik. Zu den grundlegenden Reformen, derer es auf vielen Gebieten bedarf, gehören laut Dettling

- *eine Reform des Bildungs- und Hochschulwesens*

Verantwortungsethik für den Sozialraum, die "Mitgliedschaft" zu einem Gemeinwesen, also Ortsidentität, müssen auch in Schulen, bzw. durch die Schulen vermittelt, gelernt werden, die sich als Community Schools für "Community Education" zuständig fühlen und nicht so sehr darauf aus sind, zu selektieren. Im Hochschulwesen könnte man sich endlich wieder darauf besinnen, daß Professoren nicht klüger werden, wenn sie jahrein, jahraus im "Gemeinwesen Hochschule" nur noch ihre KollegInnen und die Studentenschaft zu Gesicht bekommen. Regelmäßige "Ausflüge" ins wirkliche Leben könnten die Diskussion um die Vorherrschaft einzelfallbezogener, beratender oder therapeutischer Verfahren bei der Ausbildung von SozialpädagogInnen/SozialarbeiterInnen zu Gunsten methodenintegrativer Handlungsansätze in kommunalen Strukturen zeitlich immens verkürzen.

- *eine Stärkung der Städte und Gemeinden*

In den Kommunen entscheidet sich, ob all jene, die aus der traditionellen Erwerbsarbeit herausfallen, damit auch aller Kohärenz beraubt werden. Um sinnvolle Betätigungsfelder zu bieten, anstatt als Entsorgungs- oder Endlagerung aller sozialen Probleme zu fungieren, brauchen Gemeinden und Städte mehr politische Autonomie und mehr finanzielle Mittel. Diese können sie dann innerstädtisch, bzw. auf Gemeinde-Ebene einsetzen, um kleinräumig Verbesserungen zu ermöglichen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation - nämlich der Ökonomisierung sozialer Arbeit im Sinne der Verknappung bereitzustellender finanzieller Ressourcen und der sozialökologischen Probleme des ausgehenden 20. Jahrhunderts -, ist die Hinwendung sozialer Arbeit zur sozialräumlichen Gestaltung allein nicht ausreichend, um die Probleme sozialer Integration (in eine Weltgemeinschaft oder auch nur eine europäische) zu lösen. Ganz gewiß ist sie jedoch unverzichtbar, wenn wir z. B. J. Dewey folgen, der zum Thema "Demokratie und Erziehung" u. a. folgendes sagt:

"Grundannahme ist, daß das, was Menschen wertschätzen - und nicht bloß wertschätzen, sondern brauchen - nicht ein passiver Zustand der Befriedigung und Annehmlichkeit ist, sondern die produktive Aktivität. Zwar sind die menschlichen Begriffe vom Guten in der Tat vielfältig. Was wir uns aber am meisten wünschen ist, daß wir das, was wir uns als unser Gutes vorstellen, durch unsere eigene Aktivität hervorbringen und nicht einfach passiv - als ein 'Gegebenes' - erhalten" (vgl. Nagl 1998, S. 127/128).

Literatur

Alinsky, Saul D.: Leidenschaft für den Nächsten. Gelnhausen-Berlin (Burkardthaus) 1973

Bango, Jenö: Auf dem Weg zur postglobalen Gesellschaft. Verlorenes Zentrum, abgebaute Peripherie, "erfundene" Region. Soziologische Schriften Bd. 67. Berlin (Duncker & Humblot) 1998

Bitzan, Maria / Klöck, Tilo (Hg.): Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 5. München (AG SPAK) 1994

Birkhölzer, K. / Bonas, J. / Schwarz, C. / Voß, B.: Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie. Expertise für einen Aufbaustudiengang. Technologie-Netzwerk Berlin e. V. 1996

Bundesministerium für Frauen, Senioren und Jugend: 10. Jugendbericht 1998

Cobb, John B. Jr.: Economics for the Common Good. Vortragsmanuskript anlässlich "Wochenmarkt und Weltmarkt" i.R. Kontaktstudiengang "Kommunale Gestaltung". ev. Fachhochschule Rauhes Haus Hamburg, 1998

Dettling, Warnfried: Die Zukunft der Arbeit. Thesen zum Vortrag auf der Synodentagung der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche am 17.9. 1998 in Hamburg

Eyferth / Otto / Thiersch (Hg.): Handbuch zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied und Darmstadt (Luchterhand) 1987. Stichwort: Professionalisierung

Henderson, Hazel: The Politics of the Solar Age. Alternatives to Economics. Indianapolis 1988

Hinte, Wolfgang: Intermediäre Instanzen in der Gemeinwesenarbeit: Die mit den Wölfen tanzen. In: Bitzan/Klöck a.a.O.

Hinte, Wolfgang: Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. In: Alisch Monika (Hrsg.): Stadtteilmanagement - Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen (Leske + Budrich) 1998

Hinte, Wolfgang: Jugendämter auf dem Prüfstand. In: Der Amtsvormund Sept./Okt. 1997

Kalpaka, Annita: Von Elefanten auf Bäumen. Kompetentes pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft - Anforderungen, Überforderungen, Chancen. In: Forum für Kinder- und Jugendarbeit, 13. Jahrgang, 4. Quartal, Dezember 1998. Schwerpunkt: Eine Gesellschaft der Vielfalt? Jugendhilfe und interkulturelle Anforderungen.

Keupp, Heiner: Die Suche nach Gemeinschaft zwischen Stammesdenken und kommunitärer Individualität. In: Heitmeyer, Wilhelm: Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt a. M. (Suhrkamp) 1997

Klöck, Tilo: Solidarische Ökonomie und Empowerment. Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 6. Materialien der AG SPAK; M 133: Reihe Gemeinwesenarbeit. München 1998

Keim, Karl-Dieter: Vom Zerfall des Urbanen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt a. M. (Suhrkamp) 1997

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST): Kontraktmanagement zwischen öffentlichen und freien Trägern in der Jugendhilfe. Bericht Nr. 12/1998 Köln

Köttgen, Charlotte (Hg.): Wenn alle Stricke reißen. Kinder und Jugendliche zwischen Erziehung, Therapie und Strafe. Bonn (Psychiatrie-Verlag) 1998

Langnickel, Hans: Zwischen Gesellschaftskritik und Pragmatismus. Der Kommunitarismus in einer politischen Theorie der Sozialarbeit. In: Bitzan/Klöck, a.a.O., S. 58

Lüttringhaus, M.: Haus, Handkass, Hirn, Herz und Hand. In: Sozial Extra 9/98, S. 12 - 15

May, Michael. Die Wiederentdeckung solidarischer Ökonomie in der sozialen Arbeit. (Rezension) in: Widersprüche Nr. 70/1998, S. 101 ff.

Münch, Richard: Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft. Frankfurt a. M. (Suhrkamp) 1998

Nagl, Ludwig: Pragmatismus. Frankfurt a. M. (Campus) 1998

Oelschlägel, Dieter: Der Auftrag ist die Gestaltung von Lebensverhältnissen. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 3/97, S. 37 ff.

Parsons, T.: Sozialstruktur und die symbolischen Tauschmedien. In: Jensen, ST. (HG.), Zur Theorie der sozialen Interaktionsmedien, Opladen 1980.

Peters, Friedhelm u. a.: Integrierte Erziehungshilfen. Frankfurt a. M. (IGFH Eigenverlag) 1998

Rorty, R: Auch nur eine Spezies, die ihr Bestes tut. Über John Dewey. In: Merkur 1/ 1 992, S. 1 ff., zit. nach Langnickel a. a. O.

Staub-Bernasconi, Silvia: Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international. Bern - Stuttgart - Wien (Haupt) 1995

Treeß, Helga: Kinder- und Jugendhilfe als Gemeinwesenarbeit, nicht ja oder nein, sondern warum und wie. In: Evangelische Jugend 1/97.

Treeß, Helga: Brücken zu den Kindern im Stadtteil - von der Kindertauglichkeit großstädtischer Lebenswelten. In: Kötting, Charlotte (Hg.): a. a. O. 1998

Wenzel, H.: George Herbert Mead zur Einführung. Hamburg. Edition Soak (Junius) 1990

Treeß, Helga

Dipl. Sozialpädagogin, Dipl. Soziologin. Leiterin der Kinder- und Jugendhilfe des Rauhen Hauses, Hamburg. Ehem. Projektleiterin versch. GWA- Projekte der Jugend- und Behindertenhilfe, langjährige Fort- und Weiterbildnerin. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte im Rahmen und über die Leitungstätigkeit hinaus: Entwicklung arbeitsübergreifender kooperativ-integrativer Strukturen im Gemeinwesen. Kooperativ-integrative

Pädagogik - Basiskonzept Psychomotorik.